

Henning Lobin

Der Duden im Kreuzfeuer identitärer Sprachpolitik. Eine Randbemerkung



Sprachkämpfe gibt es so manche, aber wer hätte gedacht, dass ausgerechnet das Erscheinen der 28. Auflage des Rechtschreibdudens die Gemüter so in Wallung versetzen würde, dass gleich mehrere davon in die nächste Runde gehen. Verlag und Redaktion werden auf die sprachpolitische Bühne gezerrt, weil man die deutsche Sprache so gut für Zwecke identitärer Politik instrumentalisieren kann.

In der vor kurzem erschienenen Neuauflage sind 3.000 neue Wörter enthalten, die von der Redaktion nach ihrer Gebrauchshäufigkeit ausgewählt wurden. Erstmals gibt es überdies drei Seiten mit Hinweisen zum geschlechtergerechten Sprachgebrauch – in seiner Kompaktheit sehr praktisch, wenn man sprachlich „gendern“ will oder muss. Varianten wie der Genderstern oder der Unterstrich werden dabei ausdrücklich als nicht vom amtlichen Regelwerk abgedeckt beschrieben.

Es ist mit dieser 28. Auflage also keineswegs eine Revolution verbunden, wie es manche bei der Einführung der neuen Rechtschreibung im Jahr 1996 so empfunden haben. Und trotzdem musste sich der Duden-Verlag auch diesmal einige hanebüchene Angriffe gefallen lassen, mit denen das Buch und seine Redaktion in den Sprachkampf gezogen werden. Die deutsche Sprache ist ein hervorragend geeignetes Mittel, wenn es darum geht, eine nationalidentitäre Politikagenda in allgemein zugänglicher Weise zu verpacken. Dazu ist keine Unterstellung zu grob. Hier drei besonders markante Beispiele:

Der Duden lässt George Orwells „1984“ Wirklichkeit werden

Zwar hat der Duden bereits seit der Rechtschreibreform von 1996 nicht mehr die Kompetenz, die Orthografie zu regeln, doch wird die Auswahl der Wörter in diesem Rechtschreibwörterbuch oftmals als eine Festlegung missverstanden, was überhaupt zum Wortschatz der deutschen Sprache gehört und was nicht. Auch wenn die Duden-Redaktion immer wieder betont, dass die Auswahl allein nach rein sachlichen Kriterien geschieht, wird ihr immer wieder unterstellt, mit ihrer Auswahl eine Absicht zu verbinden. Ein beliebter Topos ist es dabei, einen Zusammenhang mit George Orwells Roman „1984“ herzustellen, in dem durch eine regulierte Sprachvariante namens „Neusprech“ das Denken der Menschen beeinflusst werden soll. In einem Beitrag auf „Tichys Einblick“ – eines jener Online-Magazine, die sich als Teil einer alternativen, noch nicht durch die Mainstream-Medien gleichgeschalteten Gegenöffentlichkeit verstehen – schreibt der ehemalige Präsident des deutschen Lehrerverbands Josef Kraus zur Neuauflage des Rechtschreibdudens:

George Orwell hätte sich 1948, als er „1984“ schrieb, wohl eher nicht träumen lassen, dass seine Dystopie siebzig Jahre später bereits ein- bzw. überholt ist. [\[1\]](#)

Nur um was für eine Absicht handelt es sich dabei? Kraus, selbst Mitinitiator diverser Aufrufe und Aktionen zum „Schutz“ der deutschen Sprache, hat dazu eine klare Meinung. In seinem Beitrag unterstellt er der Duden-Redaktion, dass neu aufgenommene Begriffe wie „bienenfreundlich“, „Flugscham“, „Hatespeech“, „Geisterspiel“, „Lockdown“, „Herdenimmunität“, „Gendersternchen“ und das durchaus rechtschreibschwierige „Cisgender“ nicht etwa wegen ihrer Frequenz aufgenommen worden seien, sondern um sich „nicht den Vorwurf machen [zu] lassen, hinter aktuellen gesellschaftlichen (oktroierten!) Debatten um Klimawandel, Corona, Rassismus und Co. hinterherzuhinken.“ Zusammen mit der (aus linguistischer Sicht übrigens unhaltbaren) Neusprech-These wird die Wortauswahl so auf direktem Wege zu einem Politikum erklärt, gegen das man Widerstand leisten sollte:

Die herkömmlichen Parteien lassen all dies geschehen. Die Damen und Herren „Volksvertreter“ scheinen nicht mehr zu wissen, dass die Sprache dem Volk und nicht irgendwelchen Sprach-, Wissenschaftlern“ oder Redakteuren gehört. Die einzige Partei, die gegen zumal ideologisch motivierte Sprachmanipulationen wettet, ist die AfD. Etwa wenn die Begriffe „Alltagsrassismus“ oder „rechtsterroristisch“ in den „Duden“ aufgenommen werden. Aber die „Arrivierten“ wischen das mit dem Hinweis weg: „Naja, AfD eben!“.

Die hier in der Diktion des Unterdrückten und Entrechteten entfaltete Argumentation eines ganz besonders [Arrivierten](#) ist völlig unhaltbar, denn neben den von Kraus erwähnten Wörtern finden sich im Duden zuhauf auch solche Wörter, die anderen Auffassungen und Weltanschauungen Ausdruck verleihen. So geht eben Sprache: Man nimmt Wörter und setzt sie zu größeren Gebilden zusammen je nachdem, was für Aussagen man treffen will. Allein die Wörter oder gar ein ganzes Wörterbuch können eine Weltanschauung nicht prägen.

Der Duden entscheidet „von oben herab“, wie sich die Sprache zu entwickeln hat

Auch für den sprachpuristischen „[Verein Deutsche Sprache](#)“ (VDS) ist der Duden, Auflage für Auflage, ein beliebter Gegner. Die Duden-Redaktion hat bereits 2013 den Schmähprijs „Sprachpanser des Jahres“ erhalten, denn ihr wird beständig vorgeworfen, sich dem Zeitgeist anzubiedern und bei der Auswahl der Neuaufnahmen in zu hohem Maße Anglizismen zu berücksichtigen. Stattdessen solle der Duden seine Macht dafür einsetzen, Eindeutschungen durchzusetzen. In der Neuauflage des Rechtschreibdudens von 2020 kommen nun auch noch die Hinweise zum geschlechtergerechten Sprachgebrauch hinzu. Der Einfluss, den der Duden zweifellos auch weiterhin auf den Sprachgebrauch hat, wird nun kritisiert: [\[2\]](#)

„Der Duden lehnt sich damit weit aus dem Fenster“, kritisiert Prof. Walter Krämer, Vorsitzender des VDS, das Vorgehen, „viele Menschen nehmen das, was im Duden steht, für bare Münze und werden glauben, dass Gendersternchen und ähnliche Konstrukte echte Bestandteile der deutschen Sprache seien.“

Auch diese Kritik wird schon im nächsten Satz in polarisierender Weise politisch aufgeladen:

„Das, was einige Städte beim Gendern treiben, ist vorauseilender Gehorsam einer vermeintlich politisch korrekten Sprache, die in der Bevölkerung keinen Rückhalt hat“, beklagt Krämer, „es muss endlich Schluss sein, dass Einzelne von oben herab entscheiden wollen, wie sich Sprache zu entwickeln hat.“

Der Duden, „eine Ideologihilfe zur Durchsetzung linker Politik“

Genau an diesem Punkt steigt auch die AfD in die Kritik ein, sogar auf parlamentarischer Ebene. In einer Pressemitteilung der Fraktion der AfD im Baden-Württembergischen Landtag lässt sich deren Vorsitzender Bernd Gögel mit der Aussage zitieren, die „Mannheimer Duden-Ausgabe“ sei „keine Schreibhilfe mehr, sondern eine Ideologihilfe zur Durchsetzung linker Politik.“^[3] Die AfD von Baden-Württemberg scheint sich für eine Stellungnahme berufen zu fühlen, weil man dort offenbar noch nicht mitbekommen hat, dass der Verlag des Dudens als Teil der Cornelsen Verlagsgruppe seit mittlerweile sieben Jahren in Berlin seinen Sitz hat und nicht mehr in Mannheim. Schritt für Schritt entfaltet Gögel in seiner Stellungnahme das Szenario einer Verschwörungstheorie, in die er das ganze Spektrum der sprachpolitischen Versatzstücke seiner Partei einordnet. Im Zentrum steht, wie bei jeder Verschwörungstheorie, eine „kleine Gruppe“ von Personen, die die Mehrheit manipulieren und ihr den eigenen Willen aufzwingen will:

So gehören Zusammensetzungen wie „Alltagsrassismus“ oder „rechtsterroristisch“, aber auch „Klimanotstand“ oder „Ladesäule“ nur zum ideologischen Sprachschatz kleiner Gruppen von Sprachverwendern wie Aktivisten, Politikern oder Journalisten – die diesen Sprachschatz gern der Mehrheit der Bürger verordnen wollen, um aus ihren [sic] kruden Weltsicht Welt werden zu lassen.

„Ladesäule“? Und die Duden-Redaktion lässt sich dafür „instrumentalisieren“? Warum? Und wie genau schaffen es diese kleinen Gruppen, dass der Duden ihnen folgt? Neben den Anglizismen versteht er auch die Hinweise zum geschlechtergerechten Sprachgebrauch als Teil des Manipulationsprogramms. Zwar heißt es im Duden zu den vom amtlichen Regelwerk „nicht abgedeckten“ Schreibvarianten, dass sich unter diesen der Genderstern immer mehr durchsetzen würde, doch Gögel lässt diese korrekte Darstellung nicht gelten und entgegnet in wüster Diktion:

„Diese Behauptung ist mindestens frech, eher aber irreführend – weil wiederum nur Aktivisten, Politiker in absurden Anträgen oder Verwaltungsvorschriften wie in Mannheim und Stuttgart oder Journalisten damit arbeiten, soll der Genderstern jetzt in den allgemeinen Sprachgebrauch von Millionen Bürgern einfließen“, ärgert sich Gögel. Hier werde Sprache künstlich entwickelt. „Das Gegenteil ist aber die Wirklichkeit: Sprache entwickelt sich als natürlicher Prozess aller Sprachverwender und nicht als Spielwiese weniger Sprachvorschreiber.“ Duden-Nutzer könnten die Variante als Sprachrealität missverstehen – was sie nicht ist.

Schließlich kommt Gögel erneut auf das Thema Anglizismen zurück. Er hält es für „befremdlich“, dass mit Begriffen wie „Fridays for Future“, „Hatespeech“, „Influencer“ oder „oldschool“ „erneut viele Anglizismen Aufnahme fanden“. Deshalb benötige man ein Sprachgesetz:

Ich erinnere daran, dass im April 2016 eine Umfrage im Auftrag des STERN ergab, dass 53 Prozent der Befragten für ein „Gesetz zum Schutz der deutschen Sprache“ waren, das auch dazu beitragen mag, das Verantwortungsgefühl für die eigene Sprache allen Bürgern bewusst zu machen – denn in Deutschland hat niemand einen Rechtsanspruch auf die Akzeptanz anderer Sprachen zur Verständigung.

Nach diesem unlogischen Argument – nur das Deutsche ist in Deutschland Amtssprache, also bedarf es des Schutzes – kommt er zu seinem Resümee:

Der neue Duden ist eine einzige linkspolitisch, genderideologisch und denglisch verzerrte Enttäuschung, die ihren großen Ahnherrn Konrad Duden im Grab rotieren lässt.“

Es ist wirklich erstaunlich, dass sprachpolitische Themen bei der AfD mit derartigen unbeholfenen Pressemitteilungen bis in die Niederungen der Tagespolitik durchgedrungen sind. Der Referenzpunkt für die Funktionsträger der Partei ist dabei das Grundsatzprogramm, und es ist deshalb aufschlussreich, dieses hinsichtlich seiner sprachpolitischen Aussagen genauer in den Blick zu nehmen, was ich in einem früheren [Beitrag](#) auf diesem Blog getan habe.

In kaum noch zu übertreffender Direktheit wird diese Haltung anlässlich der neuen Duden-Ausgabe vom Parlamentarischen Geschäftsführer der Baden-Württembergischen Landtagsfraktion Anton Baron in einem Tweet zum Ausdruck gebracht:[\[4\]](#)

„Holen wir uns unsere Sprache zurück!“, heißt es auf der angehängten Abbildung. An diesem Beispiel ist besonders gut zu erkennen, wie man für die deutsche Sprache durch eine inszenierte Bedrohungslage in den Sprachkampf zieht, um dadurch einer nationalidentitären Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Wie das im Einzelnen geschieht, ist auch das Thema meines neuen Buchs mit dem Titel „Sprachkampf“, an dem ich gegenwärtig arbeite. Nächstes Frühjahr wird es erscheinen.

Beitragsbild: Cover der Neuauflage des Rechtschreibdudens (Ausschnitt); Pressematerial des Bibliografischen Institut GmbH

Anmerkungen:

[1] Vgl. <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/josef-kraus-lernen-und-bildung/duden-naehert-sich-dem-orwellschen-newspeak-an/>.

[2] Vgl. <https://vds-ev.de/mitteilungen/vds-sieht-neue-duden-ausgabe-kritisch/>.

[3] Vgl. <https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3379/Bernd+G%C3%B6gel+MdL%3A+neuer+Duden+ist+keine+Schreib-%2C+sondern+Ideologiehilfe.>

[4] Vgl. <https://twitter.com/AntonBaronAfD/status/1293490994592325633>.